

Medienkonferenz

„Innovation“

Dienstag, 16. Februar 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Bekenntnis zum Forschungsstandort Schweiz

Weiterhin starkes Wachstum der F&E-Aufwendungen in der Privatindustrie

Prof. Dr. Rudolf Minsch, Chefökonom

Sehr geehrte Damen und Herren

Nur dank der grossen Zahl an Innovationsleistungen kann die Schweizer Wirtschaft eine hohe Wertschöpfung erzielen. Die Fähigkeit zur Innovation ist somit eine zentrale Voraussetzung für den Wohlstand in unserem Land. Innovationsleistungen entstehen aber nicht im luftleeren Raum, sondern sind das Resultat oft jahrelanger und intensiver Forschungsanstrengungen. Die Höhe der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen stellt somit ein vorlaufender Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Allerdings ist Forschung immer mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet und ergebnisoffen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besteht daher die Gefahr, dass Unternehmen Kürzungen der Forschungsetats vornehmen. Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Resultate mit besonderer Spannung erwartet worden, beziehen sie sich doch auf 2008, als die Finanz- und Wirtschaftskrise bereits erste deutliche Spuren hinterlassen hat.

Die neuesten Umfrageresultate zu den Forschungs- und Entwicklungs-Aufwendungen in der Privatwirtschaft zeigen eindrücklich, dass der Forschungsstandort Schweiz lebt. Im Vergleich zu 2004 haben die Unternehmen in der Schweiz 2008 rund ein Viertel mehr in die Forschung und Entwicklung investiert. Da dieses Wachstum sogar das starke Wirtschaftswachstum übertroffen hat, ist der Anteil der F&E-Aufwendungen in Prozent des BIPs von rund 2.1 auf 2.2 Prozent gestiegen. Damit ist die Privatwirtschaft nach wie vor für rund zwei Drittel aller Forschungsaufwendungen der Schweiz verantwortlich.

Doch der Forschungsstandort Schweiz steht im internationalen Konkurrenzkampf. Besonders auffällig ist die deutliche Erhöhung der Aufwendungen, welche Schweizer Unternehmen in ihren Filialen im Ausland getätigt haben. Hiesige Unternehmen steigerten diese Intramuros-Aufwendungen im Ausland gegenüber 2004 um 64 Prozent. Demgegenüber sind die Extramuros-Aufwendungen im Ausland, die an Institutionen ausserhalb der Unternehmung vergeben worden sind, leicht rückläufig.

Die starke Erhöhung der F&E-Ausgaben der Privatwirtschaft in der Schweiz und das überproportionale Wachstum dieser Ausgaben im Ausland bedeuten zweierlei:

Erstens konnte sich der Forschungsstandort Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf behaupten. Die hiesigen Unternehmen haben ihre FuE-Aufwendungen nicht ins Ausland verlagert, sondern das Wachstum im Ausland ging mit einem Wachstum im Inland einher. Eine Erhöhung der Forschungsausgaben im Ausland kannibalisierte somit nicht die inländische Forschung. Die Entwicklung widerspiegelt vielmehr, dass die Globalisierung die gesamte Wertschöpfungskette und damit auch die F&E betrifft. Ein wesentlicher Teil des starken Intramuros-Wachstums im Ausland ist zudem auf Zukäufe und die Integration externer Forschungsgruppen bzw. forschungsorientierten Firmen (Start-ups) zurückzuführen.

Zweitens zeigt die Dynamik aber, dass der Forschungsstandort Schweiz relativ etwas an Bedeutung verloren hat. Während sich 2004 die Intramuros F&E-Ausgaben im Inland und Ausland noch ungefähr die Waage gehalten haben, überstiegen 2008 die ausländischen die inländischen um rund 30 Prozent. Multinationale Unternehmen kehren also dem Forschungsstandort Schweiz nicht den Rücken zu, schauen sich aber weltweit nach den besten Opportunitäten um. Gute Rahmenbedingungen, die Attraktivität von Märkten, das Vorhandensein und die Konzentration von international führenden Forschungsinstitutionen, die strategische Ausrichtung auf zukunftssträchtige Forschungsaktivitäten und schliesslich die Qualität und Verfügbarkeit von Forscherinnen und Forschern ziehen F&E-Investitionen an. Umgekehrt entscheidet die Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz darüber, ob sich ausländische Unternehmen in der Schweiz niederlassen, und ob sie hier ihre Forschung aufbauen oder erhöhen. Dabei sind kleinere und mittlere Unternehmen stärker auf die Qualitäten des Forschungsstandorts Schweiz angewiesen, da sie ihre F&E-Aktivitäten nicht einfach ins Ausland verlagern können.

Der Forschungsplatz verfügt nach wie vor über etliche Pluspunkte: hohe Qualität der Ausbildung, internationale Ausrichtung der Hochschulen, solide Finanzierung der öffentlichen Forschung, gute Tradition in der Zusammenarbeit Hochschulen-Industrie, Zugang zu ausländischem Personal und gute steuerliche Rahmenbedingungen. Der Forschungsplatz Schweiz ist aber zunehmend in Konkurrenz mit anderen Ländern. So haben verschiedene europäische und asiatische Länder (allen voran China und Singapur) einen strategischen Fokus auf Forschung und Entwicklung gelegt und die Rahmenbedingungen entsprechend geändert. Der relative Vorteil des Forschungsstandortes Schweiz vermindert sich somit, da die Attraktivität ausländischer Forschungsplätze zugenommen hat. Die Schweiz muss sich anstrengen, damit sie ihre gute Position mit hohen F&E-Aufwendungen der Privatwirtschaft behaupten kann.

Für die Schweizer Wirtschaft stehen dabei folgende Punkte im Vordergrund:

Exzellente Schweizer Hochschulen: Da die Forschungsergebnisse von der Qualität der Forscherinnen und Forscher abhängen, ist die Rekrutierung des besten Personals entscheidend. Die Wirtschaft ist somit angewiesen auf eine bestmögliche Qualität der Hochschulabsolventen. Die Politik stellt derzeit wichtige Weichen: Das geplante Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz muss für die richtigen Anreize bei der Hochschulfinanzierung sorgen, damit die Klasse und nicht die Masse gefördert wird. Ebenfalls bedeutsam ist, dass die Exzellenz der ETH nicht durch den regionalen Ausgleich gefährdet wird. Gerade in der Forschung und Entwicklung braucht es exzellentes und nicht bloss mittelmässiges Personal.

Attraktive Rahmenbedingungen: Will die Schweiz attraktiv für F&E bleiben, sind weitere Verbesserungen bei der Steuerbelastung für Unternehmen und für natürliche Personen zu erzielen. Die

Rahmenbedingungen entscheiden auch darüber, wie attraktiv die Schweiz für Konzernzentralen internationaler Unternehmen ist. Da Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten vielfach bei den Konzernzentralen angesiedelt sind, ist gute Standortpolitik auch gute Forschungspolitik. Standortfaktoren wie ein liberales Aktienrecht, Rechtssicherheit, der reibungslose Zugang zu ausländischen Märkten, liberales Arbeitsrecht und die Finanzdisziplin der öffentlichen Haushalte haben einen grossen Einfluss darauf, wie umfangreich in der Schweizer Privatwirtschaft geforscht und entwickelt wird.

Liberales Ausländerrecht: Die Schweiz bildet viele hochqualifizierte Wissenschaftler und Techniker in den für die Wirtschaft besonders interessierenden Disziplinen aus. Doch die Zahl reicht nicht aus. Die Wirtschaft benötigt für ihre F&E-Anstrengungen auch ausländisches Personal. In der F&E zeigt sich die eminente Bedeutung der bilateralen Verträge mit der EU und die Möglichkeit, qualifiziertes Personal aus dem EU-Raum einfach anzustellen. Die Zunahme von 20.4 Prozent F&E-Personal seit 2004 wäre ohne den freien Personenverkehr mit der EU kaum möglich gewesen. Der Kampf um die besten Talente erfolgt aber zunehmend weltweit. Es wäre daher falsch, den Fokus auf Europa einzuschränken. Die Schweizer Wirtschaft benötigt auch hochqualifiziertes Personal aus Ländern ausserhalb der EU. Eine einfache Bewilligungspraxis für qualifizierte ausländische Mitarbeitende aus Ländern ausserhalb der EU ist daher zwingend. Auch sollten Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, sechs Monate Zeit haben, eine Beschäftigung zu finden.

Effiziente staatliche Förderprogramme: Für die Qualität der vom Staat geförderten Forschung ist es entscheidend, dass die Projekte im Wettbewerb vergeben werden. Gerade für KMU-Betriebe sind die Projektförderungen der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), welche die Hochschulen in Zusammenarbeit mit den Unternehmen unterstützt, von grosser Bedeutung. Im Rahmen der Totalrevision des Forschungsgesetzes ist die KTI mit analogen Befugnissen und Zuständigkeiten wie der Schweizerische Nationalfonds auszustatten. Sollte dies im Rahmen einer Behördenkommission nicht möglich sein, muss die KTI aus Sicht economiesuisse in eine Stiftung umgewandelt werden.

Gesellschaftliche Offenheit gegenüber Forschung: Schliesslich sind Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam gefordert, sich für pragmatische und vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Forschung zu engagieren und die gesellschaftliche Offenheit gegenüber Forschung und technologischem Fortschritt zu fördern.

Kurzum: Dem Forschungsstandort muss Sorge getragen werden. Nur wenn die Wirtschaft auch in Zukunft hohe Innovationsleistungen erbringt, kann die Schweiz ihren Wohlstand halten.